

## Schnellinfo 04/2021, 30.06.2021

### Inhalt

#### In eigener Sache

- Seite 3: Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im Juli 2021
- Seite 3: Flüchtlingsrat NRW kürt Kölner Flüchtlings-selbstinitiative für LSBTIQ\*-Flüchtlinge
- Seite 3: Pressemitteilung zum Weltflüchtlingstag

#### Aus aktuellem Anlass

- Seite 4: Bundesrat stimmt für Änderung des AZRG
- Seite 4: Aufruf zum Familiennachzug: PRO ASYL bitten Kommunen um Unterstützung
- Seite 4: Wissler besucht Kara Tepe
- Seite 5: PRO ASYL fordert Einhaltung des Zurückweisungsverbot
- Seite 5: Outing von Asylsuchenden durch Vertrauensanwältinnen
- Seite 5: Gericht verbietet Handydatenauswertung bei Asylsuchenden
- Seite 6: Urteil erwartet: Misshandelte Flüchtlinge in Burbach
- Seite 6: Flüchtlinge haben in armen Ländern keinen Zugang zu Impfungen

#### Europa

- Seite 6: PRO ASYL kritisiert Griechenlands Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat
- Seite 6: Neues Gesetz: Dänemark will Asylprozess auslagern

#### Deutschland

- Seite 7: Gefährdung rückgekehrter Afghaninnen
- Seite 7: Unabhängige Kommission Antiziganismus fordert Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit
- Seite 8: Forderungen zur Innenministerinnenkonferenz
- Seite 8: Diakonie zieht Bilanz: „Abschottung statt Integration“

#### Nordrhein-Westfalen

- Seite 8: MKFFI: Neuer Beschwerdebeauftragter für Asylsuchende in NRW

#### Rechtsprechung und Erlasse

- Seite 9: EuGH: Opferzahl nicht alleinige Voraussetzung für subsidiären Schutz
- Seite 9: BSG: Auch bei Kirchenasyl Anspruch auf Leistungen nach § 2 AsylbLG

#### Zahlen und Statistik

- Seite 9: Flüchtlingszahlen weltweit auf Rekordhoch
- Seite 10: Liste mit an Abschiebung beteiligten Fluggesellschaften veröffentlicht

#### Materialien

- Seite 10: Leitfaden: Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge
- Seite 10: MEDAM-Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei
- Seite 10: Übersicht zum Asyl und Aufenthaltsrecht

- Seite 10: Ausführliche Informationen zu Passbeschaffungsmaßnahmen veröffentlicht
- Seite 11: Studie zu Auswirkungen der Coronapandemie auf die Arbeitsmarktteilhabe von Flüchtlingen und Migrantinnen
- Seite 11: Forschung: Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Covid-19 betroffen?
- Seite 11: Kampagne: „Impfschutz für alle“
- Seite 11: Studie: junge Geflüchtete in Europa von Obdachlosigkeit bedroht
- Seite 11: Infoheft für Jugendliche in vier Sprachen
- Seite 11: Deutsches Flughafenverfahren ist kein Paradebeispiel
- Seite 12: Schreibwettbewerb #IchDuWirVonHier
- Seite 12: Fakten zu Flucht und Asyl
- Seite 12: Informationsblatt zu traumatisierten Kindern und Jugendlichen

#### Termine

### Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im Juli 2021

Auch im Juli bietet der Flüchtlingsrat NRW wieder diverse Online-Veranstaltungen an. Für folgende Veranstaltungen im Juli 2021 werden bereits Anmeldungen entgegengenommen:

Online-Austausch: Wirkung der Wohnsitzauflage für schutzberechtigte Flüchtlinge  
Mittwoch, 14.07.2021, 17:00 – 18:30 Uhr

Online-Austausch: Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen  
Donnerstag, 15.07.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Austausch: Passbeschaffung und Identitätsklärung  
Montag, 26.07.2021, 17:30 – 19:00 Uhr

Online-Seminar: Erste Hilfe bei Abschiebungshaft – Was tun, wenn jemand verhaftet wurde?  
Mittwoch, 28.07.2021, 16:30 – 21:00 Uhr

Detaillierte Beschreibungen der Online-Veranstaltungen können der Website des Flüchtlingsrats NRW entnommen werden.

### Online-Veranstaltungen des Flüchtlingsrats NRW im Juli 2021

#### Flüchtlingsrat NRW kürt Kölner Flüchtlingsselfstinitiative für LSBTIQ\*-Flüchtlinge

Der Ehrenamtspreis des Flüchtlingsrats Nordrhein-Westfalen (FRNRW) geht an „SOFRA Cologne“. Bei der ersten digitalen Ehrenamtspreisverleihung am 26.06.2021 wählte eine Jury aus VertreterInnen von Amnesty International, dem DGB NRW und dem Flüchtlingsrat NRW die Kölner Initiative, die es sich zur Aufgabe macht, einen sicheren und angstfreien Raum für LSBTIQ\*-Flüchtlinge zu schaffen. Der mit 500 € dotierte Ehrenamtspreis steht symbolisch für den ehrenamtlichen Einsatz unzähliger Menschen in ganz Nordrhein-Westfalen.

"SOFRA Cologne" entstand im März 2016 als selbstorganisierte LSBTIQ\*-Gruppe von und für Geflüchtete und Migrant\*innen. Mit monatlichen Treffen und Veranstaltungen wie Vorträgen, Filmabenden

und Workshops bietet SOFRA ein soziales Miteinander an und leistet wichtige Netzwerkarbeit. Ziel der Initiative ist es Wissen zu vermitteln, der Stigmatisierung und Ohnmacht zu entkommen und eine eigene, empowernde Unterstützungsstruktur aufzubauen. Durch ihr facettenreiches Angebot hat SOFRA Cologne einen Vorzeigecharakter für Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.

*FRNRW – Pressemitteilung: Ehrenamtspreis des Flüchtlingsrat NRW geht an SOFRA Cologne (26.06.2021)*

#### Pressemitteilung zum Weltflüchtlingstag

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20.06.2021 machte der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen (FRNRW) in einer Pressemitteilung vom 18.06.2021 auf die weiterhin prekäre Lage von Flüchtlingen aufmerksam und ruft auf zur bundesweiten Demonstration „#unteilbar – Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft | #unteilbar solidarisch – gerade jetzt“ am Samstag, 4. September, in Berlin. In dem am 17.06.2021 veröffentlichten Aufruf, der bereits von über 160 Organisationen, wie dem Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen, Fridays for Future, ver.di, Amnesty International und PRO ASYL unterzeichnet wurde, fordert das Bündnis einen Stopp der sozialen Spaltung in der Gesellschaft und die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. Das Hochkommissariat für Flüchtlinge der UNO hat zum diesjährigen Weltflüchtlingstag am 20.06. mit 82 Mio. Flüchtlingen weltweit einen neuen Höchststand gemeldet. 42 Prozent davon seien Jungen und Mädchen unter 18 Jahren.

Flüchtlinge würden auf ihren Fluchtwegen Repressionen und Gewalt erleiden und seien häufig Menschenhändlerinnen oder dem Tod auf dem Meer ausgeliefert. Diejenigen, die es nach Europa schaffen, würden in Lagern europäischer Außengrenzstaaten eingepfercht und dort weitgehend sich selbst überlassen werden. In Deutschland drohten immer häufiger prekäre Aufenthalte und damit auch Abschiebungen.

„NRW ist seit Jahren führend bei Abschiebungen und Abschiebungshaft,“ erklärt Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW. „Aus keinem anderen Bundesland werden mehr Menschen abgeschoben.“

ben und vorher zu diesem Zweck inhaftiert. Für Minister Dr. Stamp sind auch Länder wie Afghanistan, Somalia und Syrien beim Thema Abschiebungen nicht tabu.“

FRNRW – Pressemitteilung: Pressemitteilung zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2021 (18.06.2021)

Aufruf: #Unteilbar – Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft (17.06.2021)

---

## Aus aktuellem Anlass

---

### Bundesrat stimmt für Änderung des AZRG

Der Deutsche Bundesrat hat in seiner Sitzung am 25.06.2021 der vom Bundestag am 20.05.2021 verabschiedeten Änderung des Ausländerzentralregistergesetzes (AZRG) zugestimmt, wie auf der Informationsseite des Bundesrates „Bundesrat Kompakt“ am 25.06.2021 mitgeteilt wurde. Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen hatte in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit PRO ASYL vom 23.06.2021 gefordert, den Gesetzentwurf abzulehnen. Grund dafür sei vor allem die datenschutzrechtlich „höchst fragwürdige“ Handhabung mit dem erweiterten Ausländerzentralregister. Datenschutzexpertinnen hätten in der Sachverständigenanhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages entsprechende Bedenken geltend gemacht. Erklärtes Ziel des neuen Gesetzes sei es, „die Datenbestände von Nichtdeutschen, insbesondere Geflüchteten, erheblich auszuweiten, zentral zu speichern und quasi auf Tastendruck Tausenden von Behörden zur Verfügung zu stellen“. Die nun beschlossene Gesetzesnovelle sei, nach Meinung des FRNW und PRO ASYL, „in vieler Hinsicht nicht mit Verfassungs- und Europarecht zu vereinbaren.“

Bundesrat-Kompakt.de – Bundesrat billigt 84 Gesetze (25.06.2021)

FRNRW – Pressemitteilung: PRO ASYL und die Flüchtlingsräte fordern: Nein zur massenhaften Datenspeicherung! (23.06.2021)

### Aufruf zum Familiennachzug: PRO ASYL bitten Kommunen um Unterstützung

In einer Pressemitteilung vom 11.05.2021 informierte PRO ASYL über die Veröffentlichung des Aufrufs #FamilienGehörenZusammen. Mit dem Aufruf fordern die Unterzeichnenden die Gewährleistung des Zusammenlebens von Flüchtlingsfamilien. Über 200 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter

auch der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen (FRNRW) und elf (Ober-)Bürgermeisterinnen hätten den Aufruf mitgezeichnet. In einem neuen Aufruf vom 17.06.2021 bittet Pro ASYL nun um weitere Unterstützung. Die Initiatorinnen laden dazu ein, an (Ober-)Bürgermeisterinnen heranzutreten, um diese um die Unterzeichnung des Aufrufs zu bitten. Es müsse in jedem Wahlkreis und in jeder Kommune auf die Probleme beim Familiennachzug aufmerksam gemacht werden. Die Liste mit allen Unterzeichnenden soll nach der Bundestagswahl den Parteien überreicht werden. Darüber hinaus bietet PRO ASYL in der Pressemitteilung vier Vorschläge, wie auf regionaler und lokaler Ebene an den Problemlösungen beim Familiennachzug gearbeitet werden könnte.

PRO ASYL – Pressemitteilung: PRO ASYL appelliert zum Internationalen Tag der Familie mit Bürgermeisterinnen und mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen: Familien gehören zusammen! (11.05.2021)

PRO ASYL – Aufruf: #FamilienGehörenZusammen (17.06.2021)

### Wissler besucht Kara Tepe

Die Frankfurter Rundschau (FR) berichtete am 28.05.2021 über den Besuch der Bundesvorsitzenden der Partei Die Linke, Janine Wissler, und einer Delegation von weiteren Linken-Politikerinnen im Flüchtlingslager Kara Tepe auf der griechischen Insel Lesbos. Wissler kritisierte die „menschenunwürdige Lage der Geflüchteten“ dort, es fehle an fließend Wasser und Strom. Auch die Unterbringungen von über 100 Menschen in einem Zelt sei angesichts der Coronapandemie untragbar. Das sei „das Gesicht dieser unmenschlichen Geflüchtetenpolitik, die die Europäische Union macht,“ wird Wissler zitiert. Im Zuge des Besuchs hätten einige Linken-Politikerinnen die Möglichkeit gehabt, hochrangige Offizierinnen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zu

den Pushbacks im Mittelmeer zu befragen. Diese hätten angegeben, nichts über illegale Rückführungen zu wissen.

*Frankfurter Rundschau: Lesbos: Janine Wissler besucht Kara Tepe – „Lager gehören aufgelöst“ (28.05.2021)*

### **PRO ASYL fordert Einhaltung des Zurückweisungsverbotes**

In einer Pressemitteilung vom 21.06.2021, anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20.06.2021, lenkt PRO ASYL den Blick gezielt auf das Zurückweisungsverbot von Flüchtlingen. Das Recht, einen Antrag auf Asyl stellen zu können, müsse an den EU-Grenzen garantiert werden. PRO ASYL prangert dabei vor allem die Kooperation mit der „*verbrecherisch handelnden*“ libyschen Küstenwache an. Das Zurückschleppen von Booten in libysche Hoheitsgewässer sei ein „*Anschlag auf die Menschenrechte der Geflüchteten*“. An den EU-Außengrenzen würden die Menschen durch Pushbacks illegal auf dem Meer ausgesetzt und an den griechischen Grenzen Schallkanonen eingesetzt werden, um Menschen an ihrem Recht zu hindern, Asyl zu beantragen.

„*Der Kern der weltweit gültigen Genfer Flüchtlingskonvention ist, dass die unterzeichnenden Staaten die Flüchtlinge an ihren Grenzen nicht zurückweisen dürfen, ohne zuvor ihre Schutzbedürftigkeit zu prüfen... PRO ASYL ist in großer Sorge, dass die EU-Staaten der Genfer Flüchtlingskonvention dieses Herzstück entreißen*“, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL.

PRO ASYL und viele andere Organisationen rufen deswegen zu Protesten gegen die Abschottungspolitik der EU auf.

*PRO ASYL – Pressemitteilung: Vor Libyenkonferenz am Weltflüchtlingstag: PRO ASYL warnt EU, der Genfer Flüchtlingskonvention „ihr Herzstück“ zu entreißen (21.06.2021)*

### **Outing von Asylsuchenden durch Vertrauensanwältinnen**

Mit Pressemitteilung von 26.05.2021 informiert der Deutsche Lesben- und Schwulenverband (LSVD) über die Stellungnahme des Bundesministeriums des Innern, für Bauen und Heimat (BMI) sowie des Auswärtigen Amtes (AA) zu den Vorwürfen, Vertrauensanwältinnen des AA hätten lesbische, schwule und bisexuelle Asylsuchende in ihren Herkunftsstaaten

geoutet. In dem Antwortschreiben würden Fehler in zwei vom LSVD gemeldeten Fällen aus Pakistan und Nigeria eingeräumt und angekündigt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werde in Zukunft die „*Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und die übermittelten Inhalte einer Anfrage an das Auswärtige Amt vorab noch stärker überprüfen*“. Auch das AA würde sich in Zukunft vermehrt bemühen datenschutzrechtliche Bestimmungen einzuhalten. „*Da die beiden Ministerien in ihrem Schreiben an uns die Fehler klar eingestanden und eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Verhinderung weiterer solcher Vorkommnisse versprochen haben, sind wir nun zuversichtlich, dass in Zukunft keine Outings mehr erfolgen*“, erklärt Patrick Dörr, Mitglied des Bundesvorstands des LSVD.

*LSVD – Pressemitteilung: Outings queerer Geflüchteter: Innenministerium und Auswärtiges Amt gestehen Fehler ein und sichern Überprüfung der Verfahren zu (26.05.2021)*

### **Gericht verbietet Handydatenauswertung bei Asylsuchenden**

Wie die Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) am 02.06.2021 in einer Pressemitteilung berichtete, sei die umstrittene Handydatenauswertung von Flüchtlingen durch das Verwaltungsgericht Berlin nun in einem Fall für rechtswidrig erklärt worden. Eine 44-jährige Afghanin, die von der GFF vertreten worden sei, habe geklagt und Recht bekommen, da aus Sicht des Gerichts das Auslesen der Handys nicht zur Feststellung der Identität und Herkunft erforderlich sei. Zwar seien zwei weitere Verfahren in dem Kontext noch nicht entschieden, trotzdem stellten die Juristinnen der GFF nach dem Urteil die gesamte Verfahrenspraxis in Frage: „*Das BAMF verletzt mit seinen Handydatenauswertungen Grundrechte*“, sagt GFF-Juristin und Verfahrenskoordinatorin Lea Beckmann. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Verfahrens habe das Gericht die Sprungrevision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen.

*GFF – Pressemitteilung: Erfolgreiche Klage für Privatsphäre Geflüchteter: VG Berlin erklärt BAMF-Handydatenauswertungen für rechtswidrig (02.06.2021)*



## Urteil erwartet: Misshandelte Flüchtlinge in Burbach

Wie der WDR in einem Artikel vom 15.06.2021 berichtete, werden weitere Urteile im Prozess um misshandelte Flüchtlinge in der ehemaligen Sammelunterkunft in Burbach am 07.07.2021 erwartet. In den letzten Plädoyers vom 15.06.2021 fordere die Staatsanwaltschaft Geldstrafen zwischen 1.300 und 4.000 Euro. Die Verteidigung plädiere hingegen auf Freisprüche und „milde Geldstrafen“. Drei Wachmännern und einem Sozialbetreuer werde unter anderem Nötigung und Freiheitsberaubung vorgeworfen. Mehrere Übergriffe sollen im Zeitraum Dezember 2013 und September 2014 stattgefunden haben. Einer der Angeklagten soll auf dem 2014 an die Öffentlichkeit gelangten Foto zu sehen sein, auf dem ein Wachmann einem auf den Boden liegenden Flüchtling seinen Fuß in den Nacken drückt. Die betroffenen Bewohnerinnen hätten den Wachmann auf dem Foto nicht wiedererkannt, in der Gerichtsverhandlung jedoch schon. Das stelle die Staatsanwaltschaft vor eine schwierige Situation in der Wahrheitsfindung. Der wegen der Pandemie unterbrochene Prozess soll nun am 07.07.2021 abgeschlossen werden. Neun weitere Verfahren würden separat verhandelt werden.

*WDR: Ende in Sicht im Prozess um misshandelte Flüchtlinge in Burbach (15.06.2021)*

## Flüchtlinge haben in armen Ländern keinen Zugang zu Impfungen

Das Kinderhilfswerk World Vision berichtete in einer Pressemitteilung vom 16.06.2021 über die Ergebnisse der aktuellen Umfrage „High Risk – Low Priority“, nach denen Flüchtlinge in armen Ländern kaum Zugang zu Corona-Impfungen hätten. Für den Bericht habe man nach eigenen Angaben knapp 2.000 Flüchtlinge in Brasilien, Kolumbien, der Demokratischen Republik Kongo, Jordanien, Peru, der Türkei, Uganda und Venezuela befragt. Lediglich ein befragter Flüchtling sei geimpft worden, knapp 70 Prozent der Befragten hätten von Impfplänen noch nie etwas gehört. Die geringe Impfquote sei vor allem auf die niedrigen Impfdosen in den ärmeren Ländern zurückzuführen. Die besagten Länder stünden unter Druck, die eigene Bevölkerung zu schützen.

*World Vision – Pressemitteilung: Weltflüchtlingstag: Geflüchtete werden weltweit von Covid19-Impfungen ausgeschlossen (16.06.2021)*

---

## Europa

---

### PRO ASYL kritisiert Griechenlands Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat

In einer Pressemitteilung vom 18.06.2021 kritisiert PRO ASYL die griechische Flüchtlingspolitik wegen der Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat und befürchtet zusammen mit der Refugee Support Aegean (RSA), dass die Grundprinzipien der Genfer Flüchtlingskonvention außer Kraft gesetzt werden könnten. Die Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat habe große politische Bedeutung und sei Teil der Abschottungslogik des „toxischen EU-Türkei-Deals“, heißt es in der Pressemitteilung. Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Somalia würden seit dem 07.06.2021 lediglich noch in Bezug auf die Türkei geprüft werden, nicht mehr jedoch inhaltlich, wie es internationales Recht eigentlich vorsehe. Die Türkei sei jedoch alles andere als sicher und böte Asylsuchenden nur einen befristeten Status, der kaum Schutz schaffe. Internationale

Gerichte würden in der Türkei immer wieder systematische und eklatante Menschenrechtsverletzungen wie Folter und unmenschliche Behandlungen feststellen, die auch von einer Mehrheit der europäischen Länder kritisiert werden würden. PRO ASYL und RSA fordern deswegen unter anderem, die Einstufung der Türkei als sicheren Drittstaat, der gegen grundlegende Prinzipien des Völker-, Verfassungs- und EU-Rechts verstoße, zurückzuziehen.

*PRO ASYL – Pressemitteilung: Die Flüchtlingskonvention unter Beschuss: Die EU verwandelt Griechenland in ein Labor der Anti-Flüchtlingspolitik (18.06.2021)*

### Neues Gesetz: Dänemark will Asylprozess auslagern

Die Deutsche Welle berichtete am 03.06.2021 über ein vom dänischen Parlament verabschiedetes Gesetz zur Umstrukturierung des Asylprozesses. Das

neue Gesetz solle in Zukunft die Auslagerung der dänischen Asylverfahren in Drittländer und somit Asylzentren im Ausland ermöglichen. Die Flüchtlinge sollen nach der Antragstellung in andere Länder ausgeflogen werden und dort auf die Abwicklung ihres Asylverfahrens warten. Bislang habe sich aber noch kein Staat bereit erklärt, ein Asylzentrum zu betreiben. Neben dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen habe auch die EU die dänischen Pläne kritisiert: *"Wir teilen die Bedenken des Hohen Flüchtlingskommissars der UN. Eine ausgelagerte Bearbeitung von Asylverfahren stellt den Zugang zu*

*Schutz fundamental infrage. Dies ist mit EU-Recht oder dem neuen Pakt zu Migration und Asyl nicht vereinbar,"* wird die EU-Kommission zitiert, die das dänische Gesetz nun sorgfältig prüfen und über weitere Schritte entscheiden wolle.

*Deutsche Welle: Dänemark will Asylprozess auslagern (03.06.2021)*

---

## Deutschland

---

### **Gefährdung rückgekehrter Afghaninnen**

PRO ASYL fordert in einer Presseerklärung vom 04.06.2021 einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan und beruft sich dabei auf Erkenntnisse einer Anfang Juni 2021 veröffentlichten Studie der Diakonie Deutschland, Diakonie Hessen und Brot für die Welt: *„Erfahrungen und Perspektiven abgeschobener Afghanen im Kontext aktueller politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen Afghanistans“*. Die mehrjährige Forschung spiegele die Erfahrung von 113 abgeschobenen Afghaninnen wider, die zwischen Dezember 2016 und März 2020 abgeschoben worden seien. Die Studie käme zu der Erkenntnis, dass neben den Rückkehrerinnen selbst, auch deren Familien nach einer Abschiebung gefährdet seien. Da aus der Studie auch hervorgehe, dass die Lage in dem Bürgerkriegsland eskaliert und Flüchtlinge nach ihrer Rückkehr in Afghanistan gefährdet seien, müsse ein sofortiger Abschiebungsstopp erlassen werden, fordert PRO ASYL. Laut einem Artikel auf tagesschau.de vom 04.06.2021 verlassen die meisten nach Afghanistan abgeschobenen Flüchtlinge das Land wieder. Grund seien die bedrohlichen Verhältnisse der Abgeschobenen: *"Das besondere Problem der Abgeschobenen ist, dass sie Verfolgung, Gewalt und Diskriminierung von verschiedenen Seiten erfahren. Also von den Taliban aus politischen Gründen, aber auch aus dem sozialen Umfeld und aus der Öffentlichkeit. Weil sie in Europa waren, weil man ihnen Verrat vorwirft,"* sagte die Studieninitiatorin Friederike Stahlmann von der Universität Bern der Tagesschau.

*PRO ASYL – Pressemitteilung: Neue Studie belegt akute Gefahr für abgeschobene Afghanen (04.06.2021)*

*Tagesschau.de: Die meisten Abgeschobenen flüchten wieder (04.06.2021)*

*Diakonie Deutschland: Studie: Erfahrungen und Perspektiven abgeschobener Afghanen im Kontext aktueller politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen Afghanistans (04.06.2021)*

### **Unabhängige Kommission Antiziganismus fordert Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit**

Die unabhängige Kommission Antiziganismus informiert in einer Pressemitteilung vom 03.06.2021 über ihren am selben Tag veröffentlichten, vom Deutschen Bundestag in Auftrag gegebenen, Bericht zum Antiziganismus in der Gesellschaft (Drucksache 19/30310). Die Kommission macht deutlich, dass nach Auswertung von 15 aktuellen Studien ein massives gesamtgesellschaftliches Problem in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit gegen Sinti\_ze und Rom\_nja in Deutschland festzustellen sei. Auch in Schulbüchern, bei der Polizei und in kommunalen Verwaltungen sei institutioneller Antiziganismus nachgewiesen worden. Der Bericht konstatiere ein *"Versagen deutscher Politik, deutscher Gesetzgebungen und deren Rechtsanwendung"*. Die Kommission fordere deswegen eine umfassende Strategie gegen Antiziganismus und empfehle dem Bund und den Ländern, Beauftragte zu implementieren, um auf höchster politischer Ebene gegen das Unrecht zu kämpfen. *"Wir brauchen einen grundlegenden Perspektivwechsel in*

der deutschen Gesellschaft, der die strukturellen Ursachen des Problems in den Blick nimmt,“ heißt es seitens der Kommission.

*Presseportal: Unabhängige Kommission Antiziganismus fordert grundlegenden Perspektivwechsel in der Gesellschaft. Tagung zum Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus am 4./5. Juni (03.06.2021)*

*Bericht der unabhängigen Kommission Antiziganismus: BT-Drucksache 19/30310 (21.05.2021)*

#### **Forderungen zur Innenministerinnenkonferenz**

Anlässlich der Innenministerinnenkonferenz vom 16. bis 18.06.2021 fordern die Landesflüchtlingsräte, PRO ASYL und Jugendliche ohne Grenzen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 16.06.2021 einen bundesweiten Abschiebungsstopp nach Afghanistan und Syrien sowie eine stärkere Fokussierung der Lage von anerkannten Flüchtlingen in Griechenland. Für Schutzsuchende an den EU-Außengrenzen müssten neue Landesaufnahmeprogramme implementiert werden, zusätzlich sollten die Abschiebungen nach Griechenland in Gänze ausgesetzt werden. Darüber hinaus seien in Deutschland Flüchtlinge durch die Coronapandemie in erhöhtem Maße gefährdet. Trotz der prekären Wohnsituation in den Sammelunterkünften, die das Risiko für Infizierungen steigerten, seien die Impfungen schleppend angelaufen. Die Autorinnen fordern für Flüchtlinge einen ungehinderten Zugang zur Gesundheitsversorgung.

*Gemeinsame Presseerklärung von PRO ASYL und den Landesflüchtlingsräten: Deutschland muss Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien stoppen und Gerichtsurteile anerkennen! (16.06.2021)*

#### **Diakonie zieht Bilanz: „Abschottung statt Integration“**

In einer Pressemitteilung vom 17.06.2021 zieht die Diakonie Deutschland eine „ernüchternde Bilanz“ der Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre. Der Schutz der EU-Außengrenzen habe zu tausendfachem Ertrinken von Flüchtlingen im Mittelmeer geführt. Auch illegale Pushbacks fänden immer wieder statt. In den „Elendslagern“ vor den Toren Europas hätten Flüchtlinge keinen fairen Zugang zum Asylverfahren. Auch würde über Integrationserfolge zu wenig geredet werden. Die Integration in den Arbeitsmarkt sei beispielweise relativ erfolgreich: Laut eines aktuellen Berichts des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) seien über 50 Prozent der anerkannten Flüchtlinge erwerbstätig, wenn auch wesentlich im Niedriglohnbereich. „Wir müssen auch die erfolgreichen Integrationsgeschichten hörbar und Deutschland als das Einwanderungsland, das es faktisch ist, positiv erlebbar machen“, sagt Diakonie-Präsident Ulrich Lillie.

*Diakonie Deutschland – Pressemitteilung: Diakonie zieht Bilanz zur Flüchtlingspolitik: Integration und Sozialpolitik zusammen denken – Entweder-oder-Logik führt in die Sackgasse (17.06.2021)*

---

## **Nordrhein-Westfalen**

---

#### **MKFFI: Neuer Beschwerdebeauftragter für Asylsuchende in NRW**

Das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) informierte in einer Pressemitteilung vom 10.06.2021 über die Berufung von Staatssekretär a.D. Karl Peter Brendel zum ersten unabhängigen Beschwerdebeauftragten für Asylsuchende in Landesunterkünften. Brendel solle sich ab dem 01.07.2021 schwerpunktmäßig um von nichtstaatlichen dezentralen Beschwerdestellen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes weitergeleitete Einzelfallbeschwerden kümmern. Darüber hinaus werde der

ehemalige Staatssekretär einen jährlichen Erfahrungsbericht vorstellen und an Fachzirkeln mit Nichtregierungsorganisationen teilnehmen. Die Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen, Berivan Aymaz, übt in einer Pressemitteilung vom 10.06.2021 Kritik an dem neugeschaffenen Amt. Demnach schaffe die Landesregierung die bewährte und unabhängige Struktur für das Beschwerdemanagement ab. „Bevor das Flüchtlingsministerium die Stelle über ein Jahr lang `übergangsweise` bei sich andockte, wurde die Aufgabe der unabhängigen Beschwerdestelle lange Zeit von einer nicht-staatlichen und damit wirklich unabhängigen Institution, dem Flüchtlingsrat NRW, erfolgreich ausgeübt,“ so Aymaz.



MKFFI – Pressemitteilung: Staatssekretär a.D. Karl Peter Brendel wird erster unabhängiger Beschwerdebeauftragter für Asylsuchende in Landesunterkünften (10.06.2021)

Grüne-Fraktion-NRW – Pressemitteilung: Aymaz: Beschwerden von Asylsuchenden sind keine Nebensache (10.06.2021)

---

## Rechtsprechung und Erlasse

---

### **EuGH: Opferzahl nicht alleinige Voraussetzung für subsidiären Schutz**

Mit Urteil vom 10.06.2021 (C-901/19) entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die gängige Praxis des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG), die ernsthafte individuelle Bedrohung als Voraussetzung für die Gewährung internationalen subsidiären Schutzes infolge „willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts“ rein quantitativ über das Verhältnis der Zahl der Opfer zu dem der Gesamtbevölkerung eines Gebiets zu messen, sich nicht mit Art. 15 Buchst. c QRL vereinbaren lässt. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hatte diese Frage dem EuGH am 29.11.2019 im Zuge eines Vorabentscheidungsverfahrens (A 11 S 2374/19, A 11 S 2375/19) vorgelegt. In den Augen der Richterinnen lasse sich dieses Verfahren zwar nutzen, um eine ernsthafte Bedrohung zu identifizieren, könne aber für die Einschätzung einer individuellen Bedrohungslage nicht als alleiniges Merkmal ausreichen. Ob eine „ernsthafte individuelle Bedrohung“ vorliegt, setzt eine umfassende Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls voraus, urteilte das Gericht. Nach Art. 4 Abs. 3 QRL sind „alle mit dem Herkunftsland verbundenen Tatsachen, die zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag relevant sind“, bei der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zu berücksichtigen.

*EuGH-Urteil – Az.: C-901/19 (10.06.2021)*

*VGH Baden-Württemberg – Az.: A 11 S 2374/19 (29.11.2019)*

### **BSG: Auch bei Kirchenasyl Anspruch auf Leistungen nach § 2 AsylbLG**

Mit Urteil vom 24.06.2021 (Az. B 7 AY 4/20 R) entschied das Bundessozialgericht (BSG), dass die Inanspruchnahme von Kirchenasyl keine rechtsmissbräuchliche Verlängerung des Aufenthalts im Sinne von § 2 AsylbLG ist. Die äthiopische Klägerin begab sich in 2017 im Rahmen eines Dublin-Verfahrens in offenes Kirchenasyl. Der Antrag der Klägerin, ihr nach 15 Monaten Aufenthalt in Deutschland sog. Analogleistungen zu gewähren, wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Klägerin durch den Aufenthalt im Kirchenasyl die Dauer ihres Aufenthalts rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst habe. Entsprechend entschieden in den Vorinstanzen auch das SG (S 4 AY 61/18) und das LSG (L 19 AY 38/18). Das BSG begründet sein Urteil damit, dass der Staat durch das offene Kirchenasyl nicht gehindert gewesen ist, die Überstellung durchzuführen, weshalb eine im offenen Kirchenasyl befindliche Person nicht "flüchtig" im Sinne des Art. 29 Abs. 2 Satz 2 Alt. 2 Dublin III-VO ist. Aus diesem Grund sind sogenannte Analogleistungen nach § 2 AsylbLG zu gewähren.

*BSG – Az.: B 7 AY 4/20 R (24.06.2021)*

---

## Zahlen und Statistik

---

### **Flüchtlingszahlen weltweit auf Rekordhoch**

Wie aus dem am 18.06.2021 veröffentlichten Jahresbericht „Global Trends 2020“ des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) hervorgeht, ist die Zahl der weltweiten Flüchtlinge im vergange-

nen Jahr trotz der Coronapandemie auf ein Rekordhoch von 82,4 Millionen gestiegen. Die Zahl der Menschen, die wegen Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen 2020 geflohen sind, sei um weitere 4 Prozent im Vergleich zu 2019 (79,5 Mio.)

gestiegen. 42 Prozent der Vertriebenen seien Mädchen und Jungen unter 18 Jahren. Die mit Abstand meisten Flüchtlinge, nämlich gut zwei Drittel aller Menschen, kämen aus nur fünf Ländern: Syrien (6,7 Mio.), Venezuela (4,0 Mio.), Afghanistan (2,6 Mio.), Südsudan (2,2 Mio.) und Myanmar (1,1 Mio.). Die Türkei beherberge im siebten Jahr in Folge die meisten Menschen (3,7 Mio.). Deutschland sei mit über die Jahre insgesamt 1,2 Mio. aufgenommenen Schutzsuchenden auf Platz fünf. Mit 106.600 Asylanträgen in 2020 sei deren Zahl in Deutschland im vierten Jahr in Folge deutlich gesunken.

*UNHCR – Pressemitteilung: Veröffentlichung des Global Trends Reports zu Flucht und Vertreibung (18.06.2021)*

*UNHCR – Global Trends report 2020*

#### **Liste mit an Abschiebung beteiligten Fluggesellschaften veröffentlicht**

Am 26.05.2021 veröffentlichte die Initiative No Border Assembly eine Liste der Fluggesellschaften, die 2020 Sammelabschiebungen aus Deutschland durchgeführt haben. Aus der Antwort der Bundesregierung (BReg) auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke vom 25.02.2021 (Drucksache 19/27007) geht

hervor, dass die BReg die beteiligten Fluggesellschaften nicht veröffentlicht: „Eine öffentliche Benennung der Fluggesellschaften, die Rückführungsflüge anbieten, birgt die Gefahr, dass diese Unternehmen öffentlicher Kritik ausgesetzt werden und in der Folge für die Beförderung von ausreisepflichtigen Personen in die Heimatländer nicht mehr zur Verfügung stehen“. Mit Hilfe des Flightradar-Trackings habe nun eine fast vollständige Liste der an den Abschiebungen beteiligten europäischen Charterfluggesellschaften erstellt werden können. No Border Assembly veröffentlichte zudem die Kosten der Abschiebungsflüge, die Zielstaaten und die beteiligten Bundesländer. Mit 28 Charterflügen habe die polnische Fluggesellschaft „Enter Air“ die meisten Abschiebungen durchgeführt. Es folge die in Deutschland ansässige Airline „Sundair“ mit 17 Sammelabschiebungen.

*No Border Assembly: Zensur brechen: Wer sind die Fluggesellschaften, die Sammelabschiebungen durchführen? (26.05.2021)*

*Deutscher Bundestag – Antwort auf Kleine Anfrage: Drucksache 19/27007 (25.02.2021)*

---

## **Materialien**

---

#### **Leitfaden: Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge**

Das Berliner IvAF-Netzwerk Bridge hat im April 2021 seine Broschüre „Geflüchtete: Arbeitsmarktzugang und –Förderung; Ein Leitfaden für Mitarbeitende von Arbeitsagentur und Jobcenter“ aktualisiert. Die Publikation sei jedoch auch für alle anderen in der Flüchtlingsarbeit Aktiven interessant.

*Leitfaden: Geflüchtete: Arbeitsmarktzugang und -Förderung (04/2021)*

#### **MEDAM-Bericht zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei**

Forschende des Mercator Dialogue on Asylum and Migration (MEDAM) haben am 28.05.2021 den “MEDAM Assessment Report on Asylum and Migration Policies in Europe The EU and Turkey: Toward sustainable cooperation in migration management and refugee protection” veröffentlicht. Die Studie liefere Erkenntnisse zu den aktuellen Diskussionen

über die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der EU und der Türkei in Flüchtlingsfragen. Es sei unter anderem herausgekommen, dass deutsche und griechische Wählerinnen Pushbacks ablehnten und einen neuen Ansatz der Umsiedlung von Flüchtlingen bevorzugten.

*2021 MEDAM Assessment Report (28.05.2021)*

#### **Übersicht zum Asyl und Aufenthaltsrecht**

Die GGUA Flüchtlingshilfe hat im Mai 2021 eine ausführliche Übersicht zum Asyl- und Aufenthaltsrecht überarbeitet und ergänzt. Dargestellt werden die unterschiedlichen Flüchtlingsgruppen mit den jeweiligen Aufenthaltspapieren und Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung.

*GGUA: Übersichten und Arbeitshilfen*

### **Ausführliche Informationen zu Passbeschaffungsmaßnahmen veröffentlicht**

Das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen (LfAR) hat auf seiner Webseite ausführliche Informationen zur Beschaffung von Identitätsdokumenten für viele Länder zum Download bereitgestellt.

*LfAR – Informationen zur Passersatzbeschaffung*

### **Studie zu Auswirkungen der Coronapandemie auf die Arbeitsmarktteilhabe von Flüchtlingen und Migrantinnen**

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat am 12.05.2021 den Forschungsbericht „Die Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten“ veröffentlicht. Demnach seien Migrantinnen während des ersten Lockdowns überdurchschnittlich häufig von Beschäftigungsabbau betroffen gewesen. Darüber hinaus sei die Arbeitslosigkeit vor allem bei Flüchtlingen angestiegen.

*IAB – Forschungsbericht: Die Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten (12.05.2021)*

### **Forschung: Menschen mit Migrationshintergrund häufiger von Covid-19 betroffen?**

Der Mediendienst Integration ist der Frage, ob Menschen mit Migrationshintergrund häufiger an Corona erkranken, nachgegangen. Nach der im Juni 2021 veröffentlichten Expertise, in der die Sozialwissenschaftlerin Dr. Alexandra Lewicki von der University of Sussex den aktuellen Forschungsstand dazu zusammenfasste, spräche trotz schwieriger Datenlage vieles dafür, dass Migrantinnen öfter an Covid-19 erkranken. Demnach seien sie häufiger in Berufen mit vielen sozialen Kontakten tätig und lebten öfter in Stadtteilen mit hoher Siedlungsdichte, was sich insgesamt negativ auf die Gesundheit auswirke.

*Mediendienst Integration: Sind Menschen mit Migrationshintergrund stärker von Covid-19 betroffen? (06/2021)*

### **Kampagne: „Impfschutz für alle“**

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe und die Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung starteten am 09.06.2021 ihre Impfkampagne „Impfschutz für alle“.

Auf der Homepage zur Kampagne stehen nun Videos auf 16 verschiedenen Sprachen mit Grundinfos zum Impfen bereit und dazu ergänzend 40 weitere Fragen als FAQs. In den Videos klärten Ärztinnen in ihrer Muttersprache prägnant und einfach verständlich über das Impfen gegen Corona auf.

*Flüchtlingsrat Niedersachsen: „Impfschutz für alle“*

### **Studie: junge Geflüchtete in Europa von Obdachlosigkeit bedroht**

Oxfam, der Griechische Flüchtlingsrat, der Niederländische Flüchtlingsrat und ACLI Frankreich haben am 10.06.2021 die Studie „Teach us for what is coming“ herausgegeben. Für die Studie untersuchten die vier Menschenrechtsorganisationen junge Flüchtlinge in Griechenland, Italien, Niederlande, Irland und Frankreich. Die Studie zeige unter anderem, dass junge Flüchtlinge ein besonders hohes Risiko besäßen, Opfer von Obdachlosigkeit, Ausbeutung oder Missbrauch zu werden. Beim Erreichen der Volljährigkeit fehle es in vielen Ländern an Unterstützung, Flüchtlinge seien dann auf sich allein gestellt.

*Oxfam-Studie: Teach us for what is coming (10.06.2021)*

### **Infoheft für Jugendliche in vier Sprachen**

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hat am 14.06.2021 das Infoheft „Übergänge gestalten – Antworten für junge begleitete und unbegleitete Flüchtlinge“ herausgegeben. In den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch und Farsi beantwortet das Heft alltägliche Fragen aus der Perspektive anderer Jugendlicher, zu den Themen: Ankommen in Deutschland, Asyl, Alltag, Bildung, Soziale Kontakte, Ich-Sein, Freiheit & Sicherheit, Emotionen und Ziele.

*Flüchtlingsrat Niedersachsen: Infoheft für Jugendliche (14.06.2021)*

### **Deutsches Flughafenverfahren ist kein Paradebeispiel**

PRO ASYL informierte am 22.06.2021 in einer Pressemitteilung über die Ergebnisse der Studie „Abgelehnt im Niemandsland“, die sich auf 30 Seiten mit dem seit 1993 praktizierten deutschen Flughafenverfahren juristisch auseinandersetzt. In der Studie habe sich gezeigt, dass das deutsche Verfahren, die Asylverfahren innerhalb von 19 Tagen in den Flughäfen inklusive Rechtsschutz abzuschließen, problematisch

sei. PRO ASYL spricht gar von „*gravierenden Nachteilen gegenüber den sonst üblichen Asylverfahren.*“

*PRO ASYL – Pressemitteilung: Deutsches Flughafenverfahren ist ein schlechtes Vorbild (22.06.2021)*

#### **Schreibwettbewerb #IchDuWirVonHier**

Noch bis zum 28.07.2021 können junge Menschen zwischen 14-25 Jahren an dem Kreativ- und Schreibwettbewerb „#IchDuWirVonHier“ des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (MKFFI) teilnehmen. Eingereicht werden können kreative Text-, Audio oder Videobeiträge zum Thema kulturelle Vielfalt in NRW.

*#IchDuWirVonHier – Kreativ- und Schreibwettbewerb*

#### **Fakten zu Flucht und Asyl**

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR-Migration) hat am 16.06.2021 den Bericht „Fakten zu Flucht und Asyl“ herausgebracht. In dem Bericht werden Zahlen, Daten und Fakten zum The-

menkomplex Flüchtlinge, Migration und Asyl zusammengefasst. Darüber hinaus enthält das Dokument Informationen zum Asylverfahren und zu staatlichen Leistungen für Flüchtlinge.

*SVR-Migration – Fakten zu Flucht und Asyl (16.06.2021)*

#### **Informationsblatt zu traumatisierten Kindern und Jugendlichen**

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat im Februar 2021 das Informationsblatt „Trauma bei Kindern und Jugendlichen – Informationen für Lehr- und Erziehungskräfte“ herausgegeben, das insbesondere Lehr- und Erziehungskräfte helfen soll, traumatisierte Kinder besser zu verstehen und zu unterstützen. Ein Trauma könne Kinder und Jugendliche schwer belasten und den Schulalltag beeinträchtigen. Auch könnten sich Probleme wie Verhaltensauffälligkeiten und post-traumatische Belastungsstörungen entwickeln.

*IQWiG – Broschüre: Trauma bei Kindern und Jugendlichen (02/2021)*

---

## **Termine**

---

**Online-Workshop**, 07.07.2021: Caritas Düsseldorf: „Digitale Qualifizierung für Geflüchtete: Jobsuche online – wie geht das?“. 14:00 – 16:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlinge willkommen in Düsseldorf](#).

**Online-Seminar**, 08.07.2021: Migration und Arbeitswelt e.V.: „Vielfaltsbewusste Personalarbeit“. 10:00 – 14:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [IQ Netzwerk NRW](#).

**Online-Fortbildung**, 08./09.07.2021: Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e. V.: „Arbeit mit Frauen mit Fluchterfahrung. Umgang mit schwer belastenden Situationen“. Jeweils 10:00 – 17:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Akademie der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.](#)

**Online-Seminar**, 14.07.2021: Westdeutscher Handwerkskammertag: „Anerkennungsberatung von Geflüchteten“. 09:00 – 12:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [IQ Netzwerk NRW](#).

**Online-Austausch**, 14.07.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Wirkung der Wohnsitzauflage für schutzberechtigte Flüchtlinge“. 17:30 – 18:30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 15.07.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Ehrenamtliche Unterstützung beim Deutschlernen“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Austausch**, 26.07.2021: Flüchtlingsrat NRW: „Passbeschaffung und Identitätsklärung“. 17:30 – 19:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).

**Online-Seminar, 28.07.2021:** Flüchtlingsrat NRW/Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.: „Erste Hilfe bei Abschiebehaft – Was tun, wenn jemand verhaftet wurde?“. 16:30 – 21:00 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung auf [Flüchtlingsrat NRW](#).